



# KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung  
vom 11. Juli 2012

## Aus Berlin

---

### Nationaler Krebsplan: Krebsregister und Einladungen zur Vorsorge geplant

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Umsetzung des [Nationalen Krebsplans](#) vorgelegt. Er beinhaltet, dass die Krankenkassen ihre Versicherten künftig zu Vorsorgeuntersuchungen für Darm- und Gebärmutterhalskrebs einladen. Außerdem sollen die Länder Krebsregister einführen. ([Ärzte Zeitung online, 10. Juli](#))

### Die Linke: PKV als Vollversicherung abschaffen

Die Fraktion Die Linke fordert in einem Antrag, dass alle privat Versicherten in die gesetzliche Krankenversicherung wechseln sollen. Die private Krankenversicherung soll es nur noch als Zusatzversicherung geben. Ihre Forderung begründet die Fraktion unter anderem mit dem niedrigen Einkommen vieler privat Versicherter und den steigenden Beiträgen im Alter – privat Versicherte seien ebenso „schutzbedürftig“ wie gesetzlich Versicherte. ([Heute im Bundestag, 4. Juli](#))

### Krankenhäuser müssen um Finanzhilfen bangen

Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) hat den Gesundheitsministern der Länder gedroht, das beschlossene Gesetz zum pauschalierenden Entgeltsystem in der Psychiatrie (PsychEntG), das auch wichtige Änderungen zur Krankenhausfinanzierung enthält, zurückzuziehen. Grund für Bahrs Vorstoß ist, dass die Länder weitere Gesetzesinhalte gefordert hatten, unter anderem die vollständige Tariffinanzierung für 2012 und die Einführung des vollen Orientierungswertes ab 2013. Der federführende Gesundheitsausschuss hatte daraufhin dem Bundesrat empfohlen, den Vermittlungsausschuss anzurufen. Sollte dieser eingeschaltet werden, könnte sich die Einführung des PsychEntG verzögern und den Kliniken würden wichtige Finanzhilfen verwehrt bleiben. Der von allen Beteiligten unbestrittene Finanzierungsbedarf dürfe jetzt nicht in Frage gestellt und die Umsetzung nicht verzögert werden, sagte der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Alfred Dänzer. ([Deutsches Ärzteblatt Online, 4. Juli](#))

## Aus KBV und KVen

---

### Arzneiverordnung: Neue Vorgaben für Softwarehersteller

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung und der Spitzenverband Bund der Krankenkassen haben die Vorgaben für Arzneiverordnungssoftware zum 1. Juli konkretisiert. Ziel ist, dass die Softwarehäuser Produkte anbieten, die manipulationsfrei sind und den Arbeitsablauf der Ärzte nicht verzögern. Zuletzt hatte es Probleme bei einigen Produkten der Firma CompuGroup gegeben. ([Pressemitteilung der KBV, 9. Juli](#))

### **KV-on: Wenn das Gesundheitsamt kommt**

KV-on, das Web-TV der Kassenärztlichen Vereinigungen, erklärt in einem Video, wie eine Praxisbegehung mit dem Gesundheitsamt abläuft. Meist finden Hygienebegehungen eher unregelmäßig statt und bringen Verunsicherung in die Praxen. Die Gesundheitsämter überwachen, ob die Vertragsärzte alle Regeln einhalten: Infektionsschutzgesetz, Arzneimittelgesetz, Medizinproduktegesetz, Sozialgesetzbuch, dazu Verordnungen und Richtlinien. ([Videopodcast auf KV-on, 6. Juli](#))

### **KV Niedersachsen: MoNi entlastet Vertragsärzte**

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Niedersachsen hat das Projekt „Modell Niedersachsen“ (MoNi) evaluiert und kommt zu dem Ergebnis: Es erfüllt sein Ziel und entlastet Vertragsärzte. Das Projekt läuft seit November 2010 in zwei Modellregionen und beinhaltet die Delegation ärztlicher Leistungen an Medizinische Fachangestellte. ([Pressemitteilung der KV Niedersachsen, 10. Juli](#))

### **KV Westfalen-Lippe: Augenärztliche Früherkennungsuntersuchung für Kinder vereinbart**

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Westfalen-Lippe hat mit der Techniker Krankenkasse einen neuen Vertrag geschlossen: Kinder zwischen 2,5 und 3,5 Jahren haben seit dem 1. Juli Anspruch auf eine Vorsorgeuntersuchung ihrer Augen. ([Pressemitteilung der KV Westfalen-Lippe, 10. Juli](#))

## **Aus den Verbänden**

---

### **Erste Krankenkasse schafft Praxisgebühr ab**

Die Hanseatische Krankenkasse (HEK) erstattet ihren Versicherten rückwirkend für das Jahr 2012 die Praxisgebühr für Zahnarztbesuche. Die Gebühr müsse wegen der gesetzlichen Vorgaben zwar beim Zahnarzt entrichtet werden, werde aber von der Krankenkasse zurückgezahlt, erklärte der Verwaltungsrat der HEK. Die HEK zeige, wo der Weg hingehen muss, lobte Dr. Dirk Heinrich, Vorsitzender des NAV-Virchow-Bundes. Von der Entscheidung müsse nun das Signal an die Politik und Krankenkassen ausgehen, die Praxisgebühr umgehend abzuschaffen. ([Pressemitteilung der HEK, 5. Juli](#); [Pressemitteilung des NAV-Virchow-Bundes, 6. Juli](#))

### **DPtV fordert angemessene Vergütung für Psychotherapeuten**

Die Deutsche Psychotherapeutenvereinigung (DPtV) hat kritisiert, dass Psychotherapeuten mit großem Abstand am untersten Ende der Einkommensskala aller Arztgruppen liegen. Das zeigt der aktuelle [Honorarbericht der KBV](#). Die Kassenärztlichen Vereinigungen seien nicht in der Lage, bei ihrer Honorarverteilung für eine angemessene Vergütung dieser Fachgruppe zu sorgen, hieß es von der DPtV. Während dem Beitrag zufolge die Überschüsse der Ärzte vom 1. Halbjahr 2010 zum 1. Halbjahr 2011 um 3 Prozent gestiegen sind, sind sie bei den Psychotherapeuten um 0,4 Prozent gefallen. Das geringere Einkommen sei Ausdruck dafür, dass die Psychotherapie sowie die gesamte sprechende Medizin gegenüber der somatischen Medizin stark benachteiligt ist, erklärte der DPtV. ([Pressemitteilung der DPtV, 8. Juli](#))

### **AOK Plus schafft mehr Transparenz bei Arztabrechnungen**

Die AOK Plus hat angekündigt, dass Versicherte über das Internet Einblick in ihre Abrechnungen von Ärzten, Krankenhäusern und Apotheken erhalten können. Dafür soll ein eigenes Informationsportal angelegt werden, wie die Krankenkasse bekanntgab. Die AOK Plus erhoffe sich von diesem Schritt mehr Transparenz, der den Versicherten ermöglicht, den Wert der Gesundheitsversorgung besser schätzen zu lernen, erklärte der Vorstandsvorsitzende, Rolf Steinbronn. ([Deutsches Ärzteblatt Online, 4. Juli](#))

### Orthopäden und Unfallchirurgen lehnen Kopfprämien ab

Der Berufsverband der Fachärzte für Orthopädie und Unfallchirurgie (BVOU) und die Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie (DGOU) haben sich gegen sogenannte Kopfprämien für Zuweisungen ausgesprochen. Verstöße widersprechen der Berufsordnung und sollten nachhaltig unterbunden werden. In einem Positionspapier gebe es klare und transparente Richtlinien zum Konsiliararztwesen, erklärten beide Verbände. BVOU und DGOU wehrten sich damit gegen Vorwürfe, die in der TV-Sendung „Frontal 21“ erhoben wurden. ([Gemeinsame Pressemitteilung von BVOU und DGOU, 4. Juli](#))

### Krankenkassen finanzieren steigenden Versicherungsbeitrag für Hebammen

Seit dem 1. Juli 2012 müssen Hebammen höhere Beiträge für die Berufshaftpflichtversicherung zahlen. Diese Mehrkosten übernehmen rückwirkend die Krankenkassen. Das hat eine Verhandlung zwischen dem Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und den Verbänden der Hebammen ergeben. Damit erhöhen sich die Zahlungen der Krankenkassen für die in der Geburtshilfe freiberuflichen Hebammen um rund 1,7 Millionen Euro pro Jahr. ([Pressemitteilung des GKV-Spitzenverbandes, 10. Juli](#))

#### KOMPAKT-Zahl der Woche: 23,5

23,5 Prozent seines Honorarumsatzes bleiben einem Arzt oder Psychotherapeuten durchschnittlich als Nettoeinkommen. Das ist ein Ergebnis des ersten [Honorarberichts](#) der KBV, der künftig quartalsweise erscheint.

## Aus der Presse

---

### Ärzte-Einkommen: Große Unterschiede zwischen den Fachgruppen

Ein Bericht der Ärzte Zeitung online verdeutlicht, wie sich das Nettoeinkommen eines Praxisinhabers errechnet. Die Zeitung beruft sich dabei auf Zahlen des Honorarberichts der KBV für das erste Quartal 2011. Sie kommt zu dem Schluss: Nur jeder vierte verdiente Euro bleibt dem Praxischef. Ein Grund sind die hohen Betriebsausgaben, die durchschnittlich bei 51,6 Prozent des Umsatzes liegen, schreibt die Zeitung. Zwischen den einzelnen Fachgruppen gibt es zudem große Einkommensunterschiede. ([Ärzte Zeitung online, 9. Juli](#))

### Bericht über das Honorar von Vertragsärzten und -psychotherapeuten veröffentlicht

Kassenärzte haben im ersten Halbjahr 2011 einen durchschnittlichen Überschuss von drei Prozent erwirtschaftet, berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Sie bezieht sich auf die Daten des ersten Honorarberichts der KBV. Demnach betrug das durchschnittliche Netto-Monatseinkommen eines Kassenarztes knapp 5.500 Euro. Aufgrund regionaler Eigenheiten können die Zahlen in einzelnen Ländern jedoch stark abweichen, heißt es in dem Artikel. Den größten Überschuss erwirtschafteten Fachärzte der Inneren Medizin, den geringsten die Psychotherapeuten. „Wer den Arztberuf ergreift, macht dies nicht vorrangig wegen des Geldes, sondern um Menschen zu helfen“, sagte Dr. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender der KBV. ([Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. Juli](#))

### Gesundheitsvorsorge soll in den Schulen beginnen

Verbände, Kassenärzte und Krankenkassen haben die von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) vorgeschlagenen Vorsorgeuntersuchungen an Schulen begrüßt, berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Diese Untersuchung könnte von niedergelassenen Ärzten unternommen werden und würde auf lange Sicht helfen, Kosten einzusparen, sagte der gesundheitspolitische Sprecher der CDU, Jens Spahn. Dr. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender

der KBV, hält die Kooperationen von Schulen und niedergelassenen Ärzten für sinnvoll, heißt es in dem Artikel. Kinder würden dadurch flächendeckend mit notwendigen Vorsorgeuntersuchungen erreicht. Außerdem könnte so die Teilnahmequote schnell gesteigert und langfristig Kosten eingespart werden. Bislang ist aber nicht geklärt, wer die Kosten für die Untersuchung tragen soll. Die Finanzierung sei Sache des Staates, machte der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung deutlich. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. Juli)

## Aus dem Terminkalender

---

- 11.07.2012      Vertreterversammlung der KV Sachsen-Anhalt  
Magdeburg, 15.30 Uhr
- 25.07.2012      Vertreterversammlung der KV Bayerns  
München, 14 Uhr

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV  
Tel: 030 4005-2202  
Fax: 030 4005-2290  
E-Mail: [online-redaktion@kbv.de](mailto:online-redaktion@kbv.de)

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs um 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>